

Ersten Landesinklusionstag in Rheinland-Pfalz:

Vielfalt ist Bereicherung für alle

Text und Foto: Jonas Priester

Unter dem Motto „Vielfalt ist Bereicherung“ luden mehr als 20 Verbände, Institutionen und Initiativen zum Ersten Landesinklusionstag in Rheinland-Pfalz ein. Die Hauptorganisation hatte die unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e. V. übernommen. Die GEW Rheinland-Pfalz reihte sich bei den Mitveranstaltern ein.

Der Einladung ins ZDF-Konferenzzentrum folgten zahlreiche Menschen, die sich aktiv um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bemühen. Die Tagung wurde so gestaltet, dass sie weitestgehend barrierefrei war. So wurden beispielsweise zwei Schriftdolmetscher eingesetzt, die jedes gesagte Wort schriftlich festhielten, so dass die Tagung mitgelesen werden konnte.

Auf der Tagung wurde die große Bandbreite an Inklusion abgebildet, sodass neben dem Bildungsbereich auch die Bereiche Arbeit, Wohnen, Freizeit und inklusive Kommune thematisiert wurden. Der Fokus lag aber klar auf der Inklusion von Menschen mit Behinderung, so dass weitere Dimensionen wie Migration oder soziale Herkunft nicht thematisiert wurden. „Dieser Tag bietet die umfassende Gelegenheit, konkretisiert durch engagierte Beispiele aus den zentralen gesellschaftlichen Bereichen, den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darzustellen und zu diskutieren“, so Arno Rädler in der Begrüßung, die er im Namen aller Veranstalter und Kooperationspartner machte.

Die Schirmherrin des Landesinklusionstages, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, konnte er leider nicht begrüßen, da sie verhindert war. Als Vertreterin der Landesregierung begrüßte er die stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke, die es sich nicht nehmen ließ, ein Grußwort zu sprechen. Dabei machte sie deutlich, dass es bei Inklusion nicht darum gehe, Menschen mit Behinderung in bestehende Strukturen für Menschen ohne Behinderung zu integrieren, sondern dass gesellschaftliche

Strukturen so zu verändern seien, damit sie allen Menschen gerecht werden.

Blick über den Zaun

Zu Beginn der Tagung wurde zunächst der „Blick über den Zaun“ gewagt. Zwei Vertreterinnen der Autonomen Provinz Südtirol stellten den aktuellen Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Land dar: In Südtirol besuche jedes Kind die Schule an seinem Wohnort, wobei die Eltern und Kinder die Schule frei wählen können. Die Vielfalt an Begabungen werde in Südtirol als Bereicherung angesehen. Durch entsprechende Rahmenbedingungen werde das Recht auf Bildung gewährleistet. „Allerdings benötigt es auch eine methodische Vielfalt und Qualitätsstandards, um zu gewährleisten, dass auch Inklusion drin ist, wo Inklusion drauf steht“, so Dr. Ute Gebert, stellvertretende Amtsdirektorin des Amtes für Menschen mit Behinderung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol. Mitte Juli wurde in Südtirol ein neues Gesetz zur „Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen“ verabschiedet. Dr. Luciana Fiocca, Amtsdirektorin des Amtes für Menschen mit Behinderung, stellte die Besonderheiten dieses Gesetzes vor: „Das Gesetz liegt in einer Übersetzung in leichter Sprache vor und umfasst den gesamten Lebensbereich von Anfang bis zum Ende. Das Thema ‚Vielfalt ist Bereicherung‘ zieht sich durch das gesamte Gesetz.“ Entstanden sei dieses Gesetz in einem „Mach-mit“-Partizipationsprozess. So habe es die Möglichkeit gegeben, sich über ein Online-Portal oder barrierefrei zugängliche Workshops in die Erarbeitung des Gesetzes einzubringen.

Inklusion und Kirche

Klaus Eberl, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland und Vizepräsidentes der EKD-Synode, referierte unter dem Titel „Vielfalt ist Bereicherung für alle“: Eberl führte dabei u.a. aus: „Inklusion passiert nicht von alleine, sondern muss erkämpft werden. Es müssen Barrieren abgebaut werden – auch die Barrieren im Kopf. Die Inklusionsdebatte bezieht sich auf Menschen mit Behinderung,

hat aber Auswirkung auf das Gefühl des Miteinanders. So macht Inklusion unsere Gesellschaft menschenfreundlicher.“

Um die Kirchengemeinden auf Inklusion vorzubereiten, habe die Ev. Kirche im Rheinland einen Inklusionsindex herausgegeben. Dort sei formuliert: „Inklusion ist die Kunst des Zusammenlebens von sehr verschiedenen Menschen.“ Durch die UN-Behindertenrechtskonvention seien die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung aus der Mitleidsfalle geholt worden: „Es ist nötig, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Die Betroffenen sollen diejenigen sein, die sagen, wo es lang geht. Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache. Das Gefüge von Hilfegebenden und Hilfeempfängern muss aufgelöst werden.“

In der Kita sei die Inklusion am weitesten vorangeschritten. In der Schule läge aber noch einiges im Argen. So kritisierte er, dass statt Doppelbesetzung oft nur wenige Förderstunden realisiert werden: „Es ist keine Inklusion, wenn Kinder mit und ohne Förderbedarf im Klassensaal zusammensitzen. Ohne entsprechende Förderung ist dies nichts wert.“

Forum Bildung

Im Anschluss an die Eröffnung fanden verschiedenen Foren zu den verschiedenen Lebensbereichen statt. Eines dieser Foren beschäftigte sich mit Bildung. Ziel dieses Forums war es, aus der Praxis heraus Erfahrungen zu vermitteln und Nöte mitzuteilen. In einem zweiten Teil wurde anschließend die LehrerInnenbildung thematisiert.

Zunächst stellten Lehrkräfte der IGS Nieder-Olm ihre Schule als Schwerpunktschule dar: Die IGS ist im Aufbau, gestartet 2008. Aktuell hat sie 815 Schülerinnen und Schüler, von denen 48 einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Als Gelingensbedingungen für eine gut funktionierende Schwerpunktschule formulierten die Lehrkräfte Barrierefreiheit, materielle/mediale Ausstattung und Ausstattung mit Personal. Wichtig sei es, dass die Lehrkräfte eine gewisse Neugier mitbringen, inklusiv zu unterrichten. Zudem bräuchten sie den Mut, die Heraus-

forderung anzugehen, Gelassenheit, die Bereitschaft mit anderen zu kooperieren und eine gesunde Portion Humor. Insgesamt sei das Kollegium sehr engagiert und stehe hinter den Entwicklungen.

Henning Vollrath und Jürgen Schall stellten anschließend die Kooperation der Förderschule, Förderschwerpunkt Lernen und der berufsbildenden Schule Speyer vor. Gemeinsam haben sie an der Johann-Joachim-Becher-Schule (BBS) ein integratives Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) etabliert. Inklusion bedeute an dieser Schule gleichberechtigten Zugang, gleichberechtigte Teilhabe am Schulleben, Erkennen und Überwinden von Barrieren sowie individuelle Unterstützung.

Das so genannte integrative BVJ, welches erstmals im Schuljahr 07/08 eingerichtet wurde, besuchen zur Zeit 22 Schülerinnen und Schüler, davon 20 mit dem Förderschwerpunkt Lernen und zwei mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Diese „Inselbildung“ sehen die beiden als Teilschritt im inklusiven Prozess, an dessen Ende als Konsequenz stehe, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in „normale“ Klassen gehen. Insgesamt habe die Einführung des integrativen BVJs den Umgang miteinander an der Schule verändert. So sei beispielsweise die Offenheit gegenüber dem Inklusionsgedanken im Kollegium gestiegen. Insgesamt habe der Ansatz die Schule stärker gemacht.

Nach einer Mittagspause widmete sich das Forum der Inklusion in der Lehramtsausbildung. Prof. Dr. Sven Jennessen stellte die aktuelle Lehramtsausbildung in Landau dar. Zurzeit werde die Lehramtsausbildung den gemeinsamen Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz nicht gerecht. Diagnostik, Beratung und Kooperation seien keine verpflichtenden Bestandteile in allen Lehramtsstudiengängen. Zudem sei die Ausbildung nur ansatzweise schulartübergreifend. Alle Lehramtsstudiengänge seien nur unzureichend auf die heterogenen Bildungsvoraussetzungen und -bedingungen der Schülerschaft ausgerichtet. Zudem sei forschendes Lernen im Hinblick auf inklusive Bildungsprozesse derzeit nur punktuell möglich.

Prof. Dr. Michael Wagner stellte drei Lösungsansätze vor: Ein erster Ansatz sei die Neustrukturierung und inhaltliche Modifizierung der bildungswissenschaftlichen

e Runde durch habe, dann wird sich möglicherweise dem Podium untereinander dann über die Dreiergruppen eine Diskussion noch stattfinden kann, Gespräche noch und dass sie dann auch mit einbezogen werden in das

t alles beim Podium bleiben. Sicher wird das Podium nspricht.]



Module. Im Bachelorstudium würden dann Studierende aller Lehrämter ein gemeinsames Modul „Diagnostik, Beratung und Kooperation“ besuchen. Im Masterstudiengang gebe es dann ein Wahlmodul „Grundlagen inklusiver Bildung“. Zudem sei ein Praxissemester unter dem Fokus „Heterogenität“ denkbar.

Ein zweiter Lösungsansatz sei die Einführung eines Modellstudienganges „Inklusive Bildung“. Die Grundidee hinter diesem Studiengang sei, dass Lehrkräfte aller Schularten grundlegend für alle Kinder zuständig seien, die sie unterrichten. Inhaltlich würde dieser Studiengang Themenfelder beinhalten, die im Studium aller Lehrämter vorkommen müssten. Eine Spezialisierung auf verschiedene Felder (z.B. Altersstufen und Fächer) sei möglich und erwünscht. Die Fachwissenschaft und Fachdidaktik würde in diesen Studiengang eingebunden werden.

Als dritten Lösungsweg stellte er die Idee eines berufsbegleitenden Masterstudienganges „inklusive Bildung“ vor. Solch ein Studiengang diene zur Qualifizierung interessierter Lehrkräfte. Inhaltlich umfasse solch ein Studiengang den Unterricht in heterogenen Gruppen, die Fachdidaktik der Grundlagenfächer, Aspekte von Benachteiligung, Schulentwicklung sowie professionsübergreifende Kooperation.

Abschlussgespräch & Diskussion

Zum Abschluss der Tagung moderierte Frieder Bechberger-Derscheidt eine Podiumsdiskussion mit unterschiedlichen politischen Akteuren. Dr. Ute Gebert, stellvertretende Amtsdirektorin des Amtes für Menschen mit Behinderung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, antwortete auf die Frage, was eine Ge-

sellschaft brauche, um inklusiv zu werden: „Eine Gesellschaft benötigt eine ganz klare politische Entscheidung und eine gesetzliche Grundlage. Im schulischen Bereich braucht es einen kontinuierlichen Prozess der Weiterbildung und Qualifizierung. Außerdem braucht es Qualitätsstandards, an denen sich orientiert werden kann.“

Daniel Köbler, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag, zog Bilanz darüber, was in der Legislaturperiode erreicht wurde: „Es ist zufriedenstellend, dass das Thema Inklusion so hoch auf der Tagesordnung war. Wir sind entscheidende erste Schritte gegangen. Es wurden Themen in Landesgesetzen verankert, hinter die keine andere Regierung mehr zurückkommt. Vom Ziel sind wir noch weit entfernt. Das selektive Schulsystem findet keiner gerecht und es ist alles andere als inklusiv. Wir müssen weitere Schritte hin zu längerem gemeinsamem Lernen gehen.“ Judith Lebski, Vertreterin der Landesschülervertretung, machte deutlich, dass es schädlich sei, so früh zu selektieren. Man müsse die Schule so verändern, dass sie dem inklusiven Anspruch gerecht werde. Agneta Psczolla, stellvertretende Pressesprecherin des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, stellte dar, dass Inklusion für die Kommunen mit der Kostenfrage verbunden sei. Die Kommunen benötigten für diese Aufgabe finanzielle Hilfe.

Klaus-Peter Hammer, Landesvorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, zeigte sich mit den Schritten der Landesregierung unzufrieden. Es müsse ein Schritt zu längerem gemeinsamem Lernen gemacht werden. Hammer: „Die Kolleginnen und Kollegen,

Inklusion

die die Arbeit machen, brauchen die entsprechenden Ressourcen.“ Er wünscht sich von der Landesregierung den Mut, ans längere gemeinsame Lernen heranzugehen.

Elke Klink, Vorsitzende der LAG-Selbsthilfe Behinderter, kämpft seit 30 Jahren für eine Gesellschaft, die behinderte Menschen als selbstverständlichen Teil integriert. In den letzten Jahren hat sich ihrer Meinung nach einiges zum Guten entwickelt, allerdings sei noch ein langer Weg zu gehen. Inklusion zum Nulltarif werde es nicht geben können.

Wolfgang Spähn, Vorstandsmitglied der LAG Gemeinsam Leben Gemeinsam

Lernen e. V., machte deutlich, dass die integrativen Strukturen in Rheinland-Pfalz mit Inklusion noch lange nichts zu tun hätten. So positiv auch das neue Schulgesetz sei, da es den Ressourcenvorbehalt wegnehme, so unerträglich sei es, dass ein Parallelsystem aufrechterhalten werde. Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz, hat den Eindruck, dass die Vision der Inklusion in den Schulen angekommen sei. Auch in den Kommunen sehe er Verbesserungen und pragmatische Lösungen. Mit den Erfahrungen aus dem Bereich der Berufsschulen werde der Übergang Schule-Beruf weiterentwickelt.

Es müsse aber insgesamt in Rheinland-Pfalz noch viel an der Umsetzung getan werden.

Abschließend machte Klaus-Peter Hammer deutlich, dass Inklusion viel mehr sei, als die Integration von Menschen mit Behinderung: „Wir müssen auch schauen, wie wir die Menschen, die zuwandern, integrieren. Wir brauchen auch einen veränderten Lernbegriff und müssen jedem Kind die Zeit geben, die es braucht, und dürfen die Kinder nicht in fest gegebene Begabungsmuster einsortieren. Alle sollen gemeinsam lernen, ohne den Stress zu haben, vorzeitig woanders hin gehen zu müssen.“